

Halle und Umgegend.

Halle, 26. März.

Liberaler Wählerversammlung.

Wenn Beteiligung und Zusammenkunft der ersten öffentlichen Versammlung, mit der eine politische Partei unter Bekanntschaft ihrer Kandidaten die Wahlkampagne eröffnet, Bedeutung hat für den Verlauf des Kampfes und für seinen schließlichen Ausgang, so dürfen die Liberalen von Halle und dem Wahlkreis von sich sagen, sie sind unter glücklichen Auspizien in die Wahlkämpfe eingetreten. Ihre größte erste Versammlung in den „Rittersälen“ war im্পant nach der Zahl wie nach der Art der Teilnehmer, letzteres in dem Sinne, daß mit wenigen Ausnahmen die Anwesenden auch tatsächlich solche Wähler waren, von denen der liberale Kandidat am Tage der Entscheidung auch tatsächlich die Stimmen erhält. Gegner waren nur in sehr geringer Zahl vertreten; Anhänger des Liberalismus allein waren es, die wohl an die tausend Köpfe stark, den weiten Saal, Schiff und Galerie dicht besetzt füllten, und das ist ein erfreuliches Moment und eintrittsförderndes überaus die oft gebührende Charakteristik der hiesigen Sozialdemokratie, daß sie ja erst mit neuen Massen den gegnerischen Parteien, die in Halle an eigener Kraft keine große Versammlung zustande zu bringen vermöchten, den Saal füllte. Die liberale Wählerliste, die vornehmlich ihre starken Wurzeln hat in der Gasse der Gewerbetreibenden, der Handwerker, der mittleren und kleineren Beamten, der fortwährend gekündeten, nichtsozialistischen Arbeiter, bedurfte nicht bei in ihrem Werte recht zweifelhaften Hilfe der sozialistischen Massen, um auch hinsichtlich der Beteiligung eine in höchsten Maße erfreuliche Versammlung zu haben. Der beabsichtigte Zweck der von der Sozialdemokratie an die Genossen ausgehenden Parole, sich nicht an der liberalen Versammlung zu beteiligen, damit der Saal recht leer bleibe, verfehlt also durchaus seine Wirkung; ja, man hätte besten Willen nicht geturmt, wo man die Genossen hätte unterbringen sollen; es konnte also auch nach dieser Beziehung hin — wachste Genossen von ihrer Beobachtungsliste zu halten, ist so wie so ein vergebliches Unterfangen — den liberalen Wählern recht sei, daß jene sich fernhalten, und nicht den Wählern, von denen der Kandidat Herr Stadtratsordnerer Staatsreferent Schmidt in tatsächliche Unterstützung zu erwarten hat, den Floß wegnahm.

Die Versammlung leitete Herr Stadtrat Richter, der nach einer einleitenden Ansprache den Kandidaten der liberalen Parteien, Herrn Stadtratsordnerer Schmidt, vorstellte. Letzterer nahm darauf das Wort, beschränkte sich indes mit Rücksicht auf den Hauptredner des Abends, Herrn Reichstags- und Landtagsabgeordneten Rektor Köpcke-Berlin, nur auf einige Bemerkungen. Der Verein der Liberalen von Halle und dem Saalkreis habe seine Kandidatur seit längeren Wochen eingeleitet und sich an der Arbeit für die Wahl eines liberalen Mann vor allem die Pflicht habe, sich gerade in den gegenwärtigen schweren Zeitläuften der Allgemeinheit zur Verfügung zu stellen, so habe er sich zur Übernahme der Kandidatur bereit erklärt und sei nun auch entschlossen, den Wahlkampf zu führen, zwar mit aller Entschiedenheit, aber, wie das wohl jeder nach seinem bisherigen Auftreten im öffentlichen Leben erwarten, auch streng sachlich; daß er das gleiche von den Gegnern erwarte, sei wohl sein Recht. Eins könne er seinen Wählern jetzt schon mit aller Bestimmtheit versprechen: sollte das Vertrauen des Kreises ihn in das Parlament entsenden, so werde er mit niemandem Streit sich an den Sitzungen und an den Beratungen beteiligen, auch ohne Antrag. Was sein Programm anlangte, so habe er auf entschiedenen liberalen Boden; sein Standpunkt sei der der freiwirtschaftlichen Volkswirtschaft und bedeute nicht völlige und den politischen Ansichten, die sein Parteifreund Herr Abg. Köpcke vertrete. (Bravo!)

Herr Abg. Köpcke, von seinem mehrfachen früheren Auftreten hier den Wählern vorstellend, besaß und deshalb mit lebhaftem Beifall begrüßt, ergriß darauf das Wort, um in einschneidendster Kürze das Thema zu eröffnen: „Die Bedeutung der bevorstehenden Wahlen für das deutsche Völkertum.“

„Ein kürzerer Kampf ist es“, so führte der Redner aus, „den wir bei den diesmaligen Wahlen zu kämpfen haben, ungewöhnlich schwer, denn wirtschaftliche Fragen sind es, die die Parole bilden. Stünden allein politische Fragen zur Entscheidung, so wäre der Wettbewerb weniger erbittert, weil in dieser Beziehung in alle bestmöglichen Männer das Ziel besteht — das Wohl des Vaterlandes — ist, und nur der Weg verschieden. In wirtschaftlichen Fragen ist das andere; da muß der eine auf Kosten des andern für seinen Stand Vorkämpfer zu vertreten, und gar reichlich die Leidenschaftlichkeit gewahrt. Zwei große Gruppen gibt es im deutschen Vaterlande, die mit ausgedehnter einseitiger Vertretung allein zu kämpfen sich Standes entgegen: die Arbeiter und die Sozialdemokraten, die einen auf der äußeren Rechte, die andern auf der äußeren Linken. Für viele daher bei den Wahlen keine Standesinteressen in Frage kommen, der muß sich wenden zur Abwehr gegen diese Gruppen nach rechts und links. In den Beratungen dieser beiden liegt allerdings ein besonderes Recht: der Kandidat befindet sich gegenwärtig infolge der Abwanderung der landlichen Arbeiter in die Städte, infolge der Konkurrenz des Weltmarktes usw. in einer schwierigen Lage; das wird anerkannt auch von den Liberalen, und sie suchen dem landlichen Arbeiter zu Hilfe zu kommen, indem sie ihn auf die Vorteile der intensiven Wirtschaft aufmerksam machen, ihm die Hochwertigkeit durch Verbesserung der Wege usw. erleichtern wollen, zu Genossenschaften anrufen und noch mancherlei bestmöglichen, was dem Kandidat zum Vorteil dient; beschränkt wird aber von den Liberalen, was nicht beabsichtigt ist: Vertreibungen, wie sie im Antrag Köpcke, in der Erklärung der Köpcke und in dem Verlangen nach staatlicher Garantierung einer Grundrente, nach Normalspreisen ihren Ausdruck finden. Willigt man dem landlichen Arbeiter Normalspreise zu, dann müßte auch vom Staat dem Kandidat für die Waren, die er erzeugt, ein Normalspreis garantiert werden, und es müßte ferner dem Arbeiter ein staatlich verbürgter Normalslohn zugesichert werden, bescheiden hat dann der Gewerbetreibende einen Anspruch auf ein ihm garantiertes Normaleinkommen. Das kann aber der Staat nicht, und infolgedessen haben die Arbeiter kein Recht, sich für etwas davor zu verlangen. Ein berechtigter Kern liegt auch in den Vertreibungen der Sozialdemokraten. Nebenbei nicht einwiderlich ist unter industriellen Beschäftigten, nur es hat wenig Bedeutung, kaum die Hälfte der Bevölkerung, die in der Industrie ihre Beschäftigung finden, sind es jetzt schon 70 Prozent und mit dieser

raschen Entzweiung hat unsere Völkerei nicht gleichen Schritt gehalten, der neue Stand zu festigen und zu stärken. Berechtigt und von uns nicht kräftig genug ist die Vertreibung aus Sicherung des Konstitutionsrechts, der Erhaltung der Freizügigkeit, auf ausgeübten Arbeiterrecht, daß der Staat Vorkehrungen treffen muß, für Krankheit und Alter. Beschlüssen werden wir Liberaler aber nicht die unbedingten Forderungen, so den sozialdemokratischen, daß auf dem Boden der heutigen Völkerei keine Besserung möglich sei, und ferner die verfehlte Ansicht, daß der Gegenstand zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber unüberwindlich sei. Wir sind der Ansicht, beide haben gemeinsame Interessen, so am Reich ihrer Werten, an der Güte der Völkerei, und das gegen Arbeit vorhanden ist. Differenzen ausgleichend sind die Verhandlungen da, in denen sich Arbeitgeber und Arbeitnehmer, jeder für sich, zusammenfinden müssen. Und das in dieser Beziehung tatsächlich für beide Teile eines Vertriebes herankommen, das lehrt die Verhältnisse im Ruhrgebiet, wo es aber, wo Arbeiter und Arbeitnehmer zu Arbeitsteilung beten gemeinschaftlich die Arbeitsbedingungen, Arbeitslohn und Arbeitszeit festlegen. Die Sozialdemokratie will allerdings davon nichts wissen, denn ihr Lebensziel ist nicht die friedliche Verhandlung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer, sondern die Vertreibung der Völkerei aus dem Reich. Die Völkerei ist, wie der Redner jetzt, demnach über, einige charakteristische Bilder der gegenwärtigen politischen Lage zu zeichnen. Zunächst vom (Ent. 1897) Millionen Defizit, das allerdings die Budgetkommission auf 100 Millionen herunter geschätzt — das ist das verwerfliche Bild, das der Gut hinter die Augen zu sehen, als die Budgetkommission im Reichstag und eine kleine fleischer Steuern mit einem Jahresbetrag von 20 Mill. Mark präsentiert wurde, erklärte der Reichstagspräsident v. Tschammermann mit verbindlichem Nachdruck: er wisse eigentlich gar nicht, was er mit dem vielen Geld anfangen solle. Heute, wo die Wirtschaft eine (hohe) wirtschaftliche Krise durchlebt hat und noch nicht glücklich ist, stehen wir vor einem Forderung von 100 Millionen Mark, haben und haben noch großen Mehrausgaben zu gewärtigen. 7000 Mann sind von der letzten Steuerperiode abgeschrieben; sie nachzuführen, wartet bereits der Arbeitsmarkt, und man hat eine Vermehrung der Arbeitslosen, mit denen man in neuerdings die Schlachten zu entscheiden liebt, wenigstens im Winter (Hellerfeld), mußten man. Die Ausgaben steigen stetig, und der Staat handelt da nicht nach dem Rezept des Familienarztes, der seine Ausgaben nach den Einnahmen einschränkt, sondern bei ihm ist es umgekehrt, die Ausgaben übersteigen die Einnahmen, überhand die Herren der Rechte, und selbstverständlich sofort bereit, solche Heranziehungen zu bewilligen; ihr Grundabst. für das Volkswohl bewilligen wir alles, aber ihr andern müßt es bezahlen! (Beifall und Hellerfeld.) Um die neuen Mittel für die Mehrausgaben zu gewinnen, warten heute auf die Wähler, und das ist die Lebensbedingung: der Tabak und das Bier sollen fluten, so hat Graf Bismarck schon offen erklärt. In den Wahlen liegt es, Männer in die Volksvertretung zu entsenden, die Mühsal haben gegen solche Pläne und einen neuen Beschluß des kleinen Mannes einen energischen Widerstand vorzubringen.

Ein neues Bild: Graf v. Bülow gefällt sich gegenwärtig in der Rolle des Weisheitsmannes, der mancherlei Gaben austeilt und niemandem verweigern möchte. Auch die Freiwirtschaft hat er bedacht und ihnen das Geheiß über die Wahrung des Wahns in ebener Linie ausgesprochen, und man hat sich gewöhnt, die Sozialdemokratie allerdings fragen sich über die Möglichkeit der Liberalen, die Wähler zu überzeugen, das ihnen die Möglichkeit verringert, die Wählerverteilung bei der Stimmenabgabe zu kontrollieren und zu korrigieren und reden von einem „Kleinstecksel“. Schimmernde befinden aber auch die Sozialdemokraten keine Wahl, die Wähler zu überzeugen, das ihnen die Möglichkeit verringert, die Wählerverteilung bei der Stimmenabgabe zu kontrollieren und zu korrigieren und reden von einem „Kleinstecksel“. Schimmernde befinden aber auch die Sozialdemokraten keine Wahl, die Wähler zu überzeugen, das ihnen die Möglichkeit verringert, die Wählerverteilung bei der Stimmenabgabe zu kontrollieren und zu korrigieren und reden von einem „Kleinstecksel“.

Ein neues Bild: Graf v. Bülow gefällt sich gegenwärtig in der Rolle des Weisheitsmannes, der mancherlei Gaben austeilt und niemandem verweigern möchte. Auch die Freiwirtschaft hat er bedacht und ihnen das Geheiß über die Wahrung des Wahns in ebener Linie ausgesprochen, und man hat sich gewöhnt, die Sozialdemokratie allerdings fragen sich über die Möglichkeit der Liberalen, die Wähler zu überzeugen, das ihnen die Möglichkeit verringert, die Wählerverteilung bei der Stimmenabgabe zu kontrollieren und zu korrigieren und reden von einem „Kleinstecksel“.

den Sieg, aber nur bei zweien erst liegen die Ziele klar. Von Herrn Rumer weiß die Wählerlichkeit, wenn er zugehört, und auch unter Kandidat Herr Schmidt ist bekannt in seinen Zielen und Bestrebungen. Wie steht es aber mit dem zweiten bürgerlichen, dem dritten Kandidaten? Welche Ziele hat er? Wer weiß es zu sagen? Reiner von Ihnen, meine Herren, kam darüber Auskunft geben; wir alle wissen nur, daß er Unterstützung hat von den Konservativen, den Freisouveränen, den Antikommunisten, die merkwürdigerweise, obwohl sie in dem Komitee vertreten sind, im Antruf nicht genannt wurden, den Nationalliberalen und dem Bund der Landwirte. Das letzte Moment wiegt am schwersten, denn wir wissen: der Bund der Landwirte ist ein sehr strenger Herr, der seine Kandidaten nicht auf Herz und Nieren prüft, ehe er seine Hilfe zusagt. Haben doch selbst weiter rechtsstehende als agrarisch geltende Männer, wie die Herren Gomp, Korbff, Trendt sich erst eine hochwertschätzende Prüfung auf ihre agrarische Gesinnung gefallen lassen müssen, ehe ihnen Unterstützung vom Bund zugehört wurde. Welche Verpflichtungen nun ist der dritte Kandidat für Halle und den Saalkreis eingegangen, was hat er den Wählern versprochen müssen? Wie stellt sich der Kandidat, von dem man sagt, er stehe der Freiwirtschaftsvereinigungen nahe, zu der Firma, die ihn als den ihren legitimiert hat, zum „Nationalen Reichswahlverein“? In diesem Titel liegt eine schwere Verbindlichkeit gegen uns Wähler. Wollen sich die Herren ein, sie seien nationaler als wir? Dann erwidern wir ihnen: Von keinem Stand und keiner Partei im deutschen Vaterlande läßt sich das liberale Bürgertum in Nationalismus, in nationaler Gesinnung überwiegen. Wer sind denn die Männer, die hier mit solchem Anspruch auftreten? Steht man sie denn in der Öffentlichkeit? Welche Männer haben denn die Kandidatur erzwungen? Hat sich der Vater der Kandidatur jemals im öffentlichen Leben gezeigt? Man kann man wolle die Sozialdemokratie schlagen, dann die dritte Kandidatur. Unterzuchtens — und die Erfahrung der letzten Wahl ist durchaus für uns — gibt es dafür nur eine Möglichkeit und das ist: wenn der liberale Kandidat Schmidt in die Stichwahl kommt, dann ist der Sieg der bürgerlichen Parteien möglich, Herrn Schmidt kann man jedoch jedes Kind im Wahlkreis; seit langem steht er hier voran im öffentlichen Leben und wie hat er aus seiner Lieberzeugung ein Zeugnis gemacht. Man kennt ihn als besten, geraden Charakter, als Mann von festem Charakter. Man er auch nicht so schon reden können wie mancher andere, so schon firmen kann er ganz gewiß. Männer braucht das liberale Bürgertum im Parlament, die nicht hin- und hergeschaukeln, die wissen, was sie wollen und festhalten im politischen Leben. Unter Partei hat ihren Mitgliedern allerdings nicht zu bieten: Orden gibt es bei uns nicht zu holen und auch keine Titel; wohl aber der Arbeit und dazu ihnen dann noch die Gegner gebührende Verbindlichkeiten; aber eines entschuldig Sie, Freund Schmidt, wenn es Ihnen gelingen sollte, den Wahlkreis des Liberalismus zurückzuerobern, in unseren Reihen: das Beste ist treuer Pflichterfüllung als Staatsbürger. Meine Herren! Fragen Sie die Ideen, die ich Ihnen heute ins Gedächtnis gerufen, hinaus in Ihre Kreise, werden Sie für unsere Kandidaten Schmidt, den Kandidaten des Liberalismus, und lassen Sie durch den Sieg der liberalen Sache den Tag der dreimaligen Reichstagswahl zu einem Ehrenfest für Halle und den Saalkreis werden! (Stimmliche, langanhaltender Beifall.)

In der Diskussion meldete sich niemand zum Wort. Herr Stadtrat Richter schloß abdam die Versammlung mit einem Hoch auf den Kaiser und das deutsche Vaterland.

Das städtische Grundbesitz-Bücherei (7) in dem letzter ein Kollektortext inschriftet gewesen, war zum Verkauf ausgegeben worden. Die abgegebenen Gebote haben indes, wie zu niedrig, nicht die Genehmigung des Magistrats. Der Magistrat beschloß daher, von einer Veräußerung nur jetzt abzusehen und einen günstigeren Zeitpunkt abzuwarten. Die freigegebenen Räume sollen als Wohnungen vermietet werden.

Die aquilatorische chemische Versuchsstation an der Sandbücherei (Halle) hat unter ihrem Vorsteher Prof. Dr. Schneider im letzten Jahre an der Versuchsstation wirtschaftlich ausgedehnt zunächst Fütterungsversuche angefaßt, einmal mit Schweinen über die Wirkung des Zunders im Vergleich zur Geste, sowie über die Wirkung kleinerer und größerer Zundersorten zu den Normalsorten und ferner über die Wirkung getrockneter Kartoffeln im Vergleich zu gedämpften, andererseits mit Stimmtheiler und olivenschalen Ölen über die Wirkung getrockneter Nüßelblätter im Vergleich zu gepulverten und über diejenige getrockneter Kartoffeln im Vergleich zu gedämpften. In umfangreicheren Maße sind die Versuche in der Ernte bei den Schweinen angefaßt worden, indem zu den alten bewährten Sorten eine Anzahl von neuen Züchtungen herangezogen wurden. Es wurden angeblich 10 verschiedene Winter-Weizen-Sorten, die in einer Mühle mit zeitgemäßer Einrichtung vorläufiglich gemahlen werden, worauf mit den aus ihnen hergestellten Mehlteig weiter verarbeitet und angefaßt werden, ferner 4 Winter-Weizen-Sorten, 8 Sommer-Weizen-Sorten, 7 Hafer-Sorten, 3 Futterrüben-Sorten, im Vergleich zu Futterrüben, zwecks Feststellung der durch diese verschiedenen Sorten auf einen Hektar zu erzielenden Produktionsmengen, und endlich 2 Hafer-Sorten in Mischungen von Graubrot, Raufeln und Winter-Weizen-Weizen. In Verbindung mit der Wirkung des Zunders, der Graubrotmischung und der einzelnen Pflanzen-Substanzen, Stroh, Weizenstroh und Kalk, weiter werden vergleichende Versuche mit Strohmastdünger, schwefelhaltigen Ammoniak und Gölleholzer, ferner Kalk-Weizen-Düngungsversuche bei Zuckerrüben und Versuche über die Wunde angefaßt. Die Vegetationsstation experimentierte über die Wirkung verschiedener Kalk- und Antimonlösungen, verschiedener Kalk- und Magnesia-Verbindungen von Nohboschoten und Knochenschmelzen und verschiedenen neuen Düngemitteln. Feldversuche sind in der Provinz Sachsen auf Veranlassung der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft ausgeführt und zwar kamen 14 verschiedene Düngungsversuche mit verschiedenen Ammoniak und Salpeter zur Ausführung, darunter 10 Winter-Weizen und 8 Winter-Weizen-Weizen, sowie 1 Futterrüben-Versuch. Von der bakteriologischen Abteilung wurden die Arbeiten über die Salpeter-Verwitterung und ihre Tätigkeit fortgesetzt. Einer eingehenden Untersuchung ist nun die Frage über die Abtötung von Bakterien durch Salpeter und Kalk in der Organismen unterzogen worden, und zwar wurden zunächst





